

Sitzung am 23.03.2009

TOP 3: Fortschreibung Bioabfallkonzeption – Umrüstung der Kompostierungsanlage		
verantwortlich: Dezernat 4	Drucksache 10/2009	
	1 Anlage	
	05.03.2009	
<u>Beratung:</u>	23.03.2009	Umwelt- und Verkehrsausschuss
<u>Beschlussfassung:</u>	27.04.2009	Kreistag

<u>Beschlussempfehlung für den Kreistag</u>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, die Verhandlungen mit der Stadt Backnang im Einvernehmen mit der AWG auf Basis der bisher skizzierten Eckpunkte zeitnah zum Abschluss zu bringen. 2. Dem Umbau der bestehenden Kompostierungsanlage in Backnang-Neuschöntal und der Vorschaltung einer Vergärungsstufe mit einem Gesamtdurchsatz von insgesamt ca. 36.000 Tonnen wird zugestimmt. 3. Die Umsetzung des Umbaus, wie unter Ziffer 2 beschlossen, soll bis Oktober 2011 von der AWG sichergestellt werden. Die planungsrechtlichen Grundlagen zur Realisierung des Vorhabens sollen von der AWG umgehend in die Wege geleitet werden. Die Maßnahmen sind über den Wirtschaftsplan der AWG zu finanzieren. 4. Diese Veränderungen in der Bioabfallkonzeption des Kreises werden im Rahmen der nächsten Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes entsprechend berücksichtigt.
--	--

I. Bisherige Beschlusslage

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss hat im Herbst 2007 den Auftrag erteilt, gutachterlich zu prüfen, wie die gesamten im Rems-Murr-Kreis anfallenden Bioabfälle spätestens Ende 2011 mit einem anaeroben Vergärungsverfahren verwertet werden können, um die im organischen Abfall enthaltene Energie sinnvoll zu nutzen.

Geprüft werden sollte insbesondere auch, inwieweit die bestehende Kompostierungsanlage in Backnang-Neuschöntal durch Umbau und Vorschaltung einer Vergärungsstufe in dieses neue Konzept eingebunden werden kann.

II. Ergebnisse

Die Firmen Umwelttechnik Bojahr und AWIPLAN-PPD haben die aufgeworfenen Fragen im Auftrag der AWG intensiv untersucht. Geprüft wurden verschiedene Umrüstungsvarianten der Kompostierungsanlage Backnang-Neuschöntal und alternative Standorte für den Neubau einer Vergärungsanlage im Rems-Murr-Kreis. Auch die Verfügbarkeit von Standorten in der Region Stuttgart und in Baden-Württemberg sowie eine standortoffene, externe Ausschreibung der Bioabfallmengen wurde beleuchtet.

Die folgenden zentralen Ergebnisse sind festzuhalten:

- Grundsätzlich kommen laut Gutacher mehrere Standorte, allerdings mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Auswirkungen, in Frage. Der Neubau einer Vergärungsanlage wird dabei gegenüber der Vorschaltung einer Vergärungsstufe als grundsätzlich teurer angesehen. Ebenfalls halten die Gutachter fest, dass ein Standort außerhalb des Landkreises aufgrund des dann notwendigen Umschlags und Transports gegenüber Lösungen im Landkreis immer deutlich teurer kommt.
- Der Standort Backnang-Neuschöntal wird dabei für die Behandlung der gesamten Biomüllmenge als am Geeignetsten und Wirtschaftlichsten eingestuft, weil vorhandene Infrastruktur weiterhin genutzt werden kann und die Transportwege gering wären. Auch wäre an diesem Standort eine sinnvolle, umfassende Wärmenutzung möglich, was zu einer Erhöhung der Wirtschaftlichkeit dieses Standorts führt.
- Sollte der Standort Backnang-Neuschöntal nicht realisiert werden können, empfehlen die Gutachter den Neubau einer Vergärungsanlage auf einem bereits avisierten Standort auf Gemarkung Waiblingen näher zu überprüfen.
- Als ultima ratio wird eine externe Ausschreibung der Bioabfallmengen angesehen.

III. Näher untersuchte Varianten

Mit den Sprechern des Umwelt- und Verkehrsausschusses wurde am 1. April 2008 abgestimmt, die vorgeschlagenen Standorte Backnang-Neuschöntal, Waiblingen und Steinbruch Gläser in Kirchberg-Zwingelhausen weiter zu untersuchen. Außerdem sollte aus verkehrstechnischen und kommunalpolitischen Gründen auch untersucht werden, ob es vorstellbar ist, zwei Anlagen mit einem Jahresdurchsatz von je ca. 18.000 Tonnen an verschiedenen Orten im Kreis zu realisieren.

1. Zwei Anlagen an zwei Standorten im Kreis

Da bei dieser Variante von den Gutachtern knapp 40 % höhere Investitionskosten errechnet wurden, wurde diese Option nicht weiter verfolgt.

2. Standort Steinbruch Gläser Kirchberg-Zwingelhausen

Es wurden mehrere Gespräche mit den Verantwortlichen der Firma Gläser und auch mit Vertretern der SÜWAG, die im Vorfeld ebenfalls Interesse an diesem Standort bekundet haben, geführt. Letztlich bestand bislang kein konkretes Bestreben, entsprechende Planungen für diesen Standort zu erarbeiten und voranzubringen. Außerdem könnte an diesem Standort lediglich ca. 20 % der anfallenden Wärme sinnvoll verwendet werden. Aus diesen Gründen wurden die Realisierungsmöglichkeiten dieses Standorts nicht weiter verfolgt. Aktuell wurde allerdings von der SÜWAG in dieser Angelegenheit noch einmal um ein Spitzengespräch gebeten, das auch zeitnah terminiert wurde.

3. Standort auf Gemarkung Waiblingen

Mit Frau Bürgermeister Priebe, weiteren Vertretern der Stadtverwaltung sowie Vertretern der Stadtwerke Waiblingen wurden ebenfalls Gespräche geführt. Dabei wurde deutlich, dass ein Standort auf Gemarkung Waiblingen-Hohenacker, der ursprünglich von den Stadtwerken in die Diskussion eingebracht wurde, von der Stadt nicht positiv gesehen wird. Nach einem weiteren Suchlauf durch die Stadtwerke im Auftrag der Stadt wurde zwischenzeitlich ein weiterer Standort vorgeschlagen. An diesem Standort wäre eventuell auch die Einspeisung des erzeugten Biogases in das Erdgasnetz denkbar. Die AWG hat mit dem von der Stadt mit der Untersuchung dieses Standorts beauftragten Ingenieurbüro vereinbart, diesen Standort dann näher zu untersuchen. Sollte sich der Standort Backnang-Neuschöntal als nicht realisierbar erweisen, wird die Standortprüfung vertieft angegangen.

IV. Standort Backnang-Neuschöntal

In der bestehenden Kompostierungsanlage Backnang-Neuschöntal werden derzeit bis zu 7.500 Tonnen Bioabfälle pro Jahr aus dem Raum Backnang zu Qualitätskompost verarbeitet. Die restlichen ca. 26.500 Tonnen Bioabfälle pro Jahr aus dem Kreis werden in externen Kompostierungsanlagen (im Neckar-Odenwald-Kreis und in Sachsen-Anhalt) verwertet. Seit 1. März 2009 werden bereits ca. 2.000 Tonnen pro Jahr entsprechend des im UVA getroffenen Grundsatzbeschlusses vergärt.

Durch einen Umbau der Kompostierungsanlage und die Vorschaltung einer Vergärungsanlage könnte die gesamte im Rems-Murr-Kreis anfallende Bioabfallmenge zukünftig in Backnang-Neuschöntal verarbeitet werden.

Es wäre damit möglich, die in den Bioabfällen enthaltene Energie durch eine Verstromung des anfallenden Biogases und eine Nutzung der dabei entstehenden Abwärme optimal zu verwerten. Darüber hinaus könnte der Gärrest durch eine nachgeschaltete, aerobe Behandlung weiterhin als Qualitätskompost vermarktet werden.

Von den Gutachtern wird vorgeschlagen, zwei Fermenter mit einer Kapazität von jeweils 18.000 Tonnen (Gesamtdurchsatz damit 36.000 Tonnen) einzusetzen. Einige bestehende Anlagenteile könnten weiter genutzt werden. Für die Umrüstung wären Investitionen von ca. 11 Mio. € zu erbringen. Bei einem Durchsatz von 34.000 Tonnen Bioabfällen im Jahr würden mit diesem Verfahren rund 14.000 Tonnen Kompost und ca. 18.000 Tonnen Flüssigdünger entstehen. Außerdem wäre mit einem Biogas-Output von 3,94 Mio. Kubikmeter zu rechnen.

Damit wäre es nach einer Verstromung des Biogases in einem Blockheizkraftwerk und nach Abzug des Eigenenergieverbrauchs der neuen Anlage möglich, ca. 7,8 Mio. Kilowattstunden Strom und ca. 7,1 Kilowattstunden Wärme pro Jahr zu vermarkten.

Der Standort Backnang-Neuschöntal ist insbesondere deshalb positiv zu bewerten, weil es im Gegensatz zu vielen anderen Standorten von Biogasanlagen auch ein Konzept gibt, die gesamte anfallende Wärme zu nutzen.

Die Wärme soll dazu genutzt werden, auf dem gegenüberliegenden Gelände der Kläranlage eine Klärschlamm-trocknung zu betreiben.

Die Vorteile des Standorts Neuschöntal auf einen Blick:

- Bei der Vergärung handelt es sich um eine hoch effiziente und umweltfreundliche Technologie, die nicht nur energetisch interessant ist, sondern auch für die Stadt Backnang erhebliche wirtschaftliche Vorteile garantiert.
- Durch die Erzeugung erneuerbarer Energieträger (Biogas) ist es möglich, fossile Brennstoffe zu ersetzen.
- Derzeit verbraucht die Stadt Backnang für die Trocknung von ca. 6.000 Tonnen Klärschlamm pro Jahr ca. 600.000 l Heizöl mit einem Wert von ca. 450.000 € (bei 0,75 €/l) im Jahr.
- Mit der Abwärme, die zur Verfügung gestellt werden kann, ist es möglich, ca. 12.000 Tonnen Klärschlamm pro Jahr zu trocknen.
- Die ortsnahe Bioabfallbehandlung erspart lange Transportwege und damit auch Behandlungskosten und Klimabelastungen.
- Es ist möglich, Teile der vorhandenen Infrastrukturen in Neuschöntal weiterzunutzen.
- Durch die Verfahrenstechnik, die vollständige Einhausung der Anlage und den Betrieb mit Unterdruck ist mit deutlich weniger Geruchsemissionen im Vergleich zum Status quo zu rechnen.
- Durch eine Wärmeabgabe zu garantiert günstigen Konditionen über 15 Jahre entsteht eine win-win Situation für die Stadt und den Landkreis.
- Durch die Errichtung einer modernen Vergärungsanlage mit Vorzeigecharakter wird der Standort Neuschöntal zum „Ökostandort“ aufgewertet.

Kommunalpolitische Abstimmung der Projekte

Von vornherein war klar, dass die Empfehlung der Gutachter zum Umbau der Kompostierungsanlage in Backnang-Neuschöntal nur im Einvernehmen mit der Standortkommune Backnang sowie der ebenfalls tangierten Nachbargemeinde Burgstetten realisiert werden soll.

Die Planung wurde dabei den Vertretern der Stadt Backnang, den Stadtwerken Backnang ebenso der Gemeinde Burgstetten von Herrn Ersten Landesbeamten Friedrich und Herrn Geschäftsführer Balthasar teilweise mehrfach ausführlich, auch in den entsprechenden Gremien, erläutert.

Am 12.12.2008 wurde außerdem eine Referenzanlage in Amtzell besichtigt, in der 18.000 Tonnen Bioabfälle pro Jahr aus dem Bodenseekreis vergärt werden. An dieser Besichtigung nahmen neben Mitgliedern der Verwaltung aus Backnang auch Gemeinderäte aus Backnang und Burgstetten sowie interessierte Kreisräte teil. Die Teilnehmer konnten einen positiven Eindruck vom Betrieb der Vergärungsanlage gewinnen. Insbesondere konnten sie sich davon überzeugen, dass von einer derartigen Anlage keine Geruchsprobleme ausgehen.

Schließlich wurde das Projekt am 22.01.2009 im Ausschuss für Technik und Umwelt des Gemeinderats der Stadt Backnang der Öffentlichkeit vorgestellt.

Deutlich wurde, dass die Stadt Backnang dem Vorhaben zwar grundsätzlich positiv gegenüber steht, jedoch vor einer Zustimmung zum Standort drei zentrale Punkte weiter geklärt werden müssen:

- Geruchsemissionen
- Verkehrsproblematik
- Konditionen für die Abgabe der anfallenden Wärme

Nach einem weiteren Spitzengespräch zwischen Herrn Oberbürgermeister Dr. Nopper und Herrn Ersten Landesbeamten Friedrich am 17.02.2009 wurden die Positionen des Landkreises zu den genannten Problemfeldern konkretisiert und mit Schreiben vom 20.02.2009 an die Stadt Backnang, Herrn Oberbürgermeister Dr. Nopper, weitergeleitet. Zu den genannten Problempunkten ist zusammenfassend folgendes zu sagen:

- Geruchsemissionen

In der Vergangenheit kam es in Backnang-Neuschöntal und Umgebung immer wieder zu Geruchsbelästigungen, die zumindest teilweise dem Betrieb der Kompostierungsanlage zugeordnet wurden. Da die geplante Vergärung in geschlossenen Systemen gefahren und die Hallen im Unterdruck mit einer Biofilteranlage betrieben werden, ist durch die neue Anlagentechnik gewährleistet, dass es zu einer deutlichen Verbesserung der Gesamtsituation kommen wird. Die Stellungnahme der Gutachter und die Prüfung vergleich-

barer Anlagen machen dies deutlich. Auch die Besichtigung der Vergärungsanlage in Amtzell hat deutlich gemacht, dass keine Geruchsprobleme zu erwarten sind. Außerdem wurde der Stadt Backnang, ebenso der Gemeinde Burgstetten, angeboten, bei Bedarf in der Planungsphase ein zusätzliches Geruchsgutachten einzuholen.

- Konditionen Wärmeabgabe

Hier wurde der Stadt Backnang ein Angebot vorgelegt, das im Vergleich zum Einsatz fossiler Energieträger für die Klärschlamm-trocknung erhebliche Kostenvorteile zu langfristig gesicherten Konditionen bedeutet. Die Abstimmungsgespräche sind noch am Laufen.

- Verkehrsproblematik – Straßenanbindung / B 14

Der Landkreis strebt unter Mitwirkung der Stadt Backnang eine Lösung an, die Stadt Backnang und deren Stadtteile von zusätzlichem, durch die Biomasseanlage bedingten Schwerlastverkehr zu entlasten. Im Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau der B 14 ist der Anschluss „Backnang-Mitte“ enthalten, der die Kreisstraße 1897 zwischen Neuschöntal und Backnang als Vollanschluss kreuzungsfrei direkt mit der B 14 verbindet. Der Landkreis steht in intensiven Gesprächen mit dem Innenministerium Baden-Württemberg und dem Regierungspräsidium, um diesen Anschluss losgelöst vom Neubau der B 14 bereits zeitgleich mit der Fertigstellung des Murrtaiviadukts zu realisieren. Diskutiert wird insbesondere über die Frage der Finanzierung. Die Kosten für das Vorhaben betragen rund 4,6 Mio. €. Daran hat der Kreis einen Anteil von bis zu 2 Mio. € zu tragen. Falls hierzu keine einvernehmliche Lösung zwischen Bund, Land, Kreis und Stadt gefunden werden kann, ist auch eine provisorische Lösung denkbar, in der die K 1897 bestehen bleibt und Verbindungsrampen zur B 14 hergestellt werden.

Regierungspräsidium und Innenministerium haben zugesagt bis April eine Aussage zur Finanzierung treffen zu können.

Voraussetzung für eine entsprechende Lösung ist außerdem die Mitwirkung der Stadt Backnang, die allerdings von der Stadt zugesagt wurde. Auf den am 19.03.2009 im Gemeinderat der Stadt Backnang gefassten Grundsatzbeschluss (vgl. S. 8, Ziffer 1) wird verwiesen. Soweit bei der Stadt Backnang die Möglichkeit besteht, Grundlagen für einen zeitnahen Anschluss zu schaffen, werden diese ausgeschöpft. Dies betrifft insbesondere Grundstücksangelegenheiten. Der vom Anschluss betroffene Grund steht zu einem großen Teil im Eigentum der Stadt. Diese Grundstücke müssen zu fairen Bedingungen in die Lösung eingebracht werden. Weitere im Einflussbereich der Stadt liegende Punkte, wie ein Alternativstandort für den betroffenen Hundesportverein und weitere im Grundsatzbe-

schluss genannte Bereiche müssen von Seiten der Stadt geklärt werden, um die Maßnahme erfolgreich realisieren zu können.

Behandlung im Gemeinderat der Stadt Backnang am 19.03.2009

Die Stadt Backnang hat am 19.03.2009 nach intensiven Beratungen in Bezug auf den Standort Backnang-Neuschöntal folgenden Grundsatzbeschluss für den Standort Backnang-Neuschöntal mit großer Mehrheit gefasst:

„Dem Standort Backnang-Neuschöntal für eine Biomasseanlage des Rems-Murr-Kreises bzw. der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Rems-Murr-Kreises mbH wird unter folgenden Voraussetzungen zugestimmt:

1. *Der Rems-Murr-Kreis stellt im Einvernehmen mit der Stadt Backnang und dem Land Baden-Württemberg sicher, dass ein Anschluss der K 1897 an die B 14 im Bereich Backnang-Mitte zeitgleich mit der Fertigstellung des Neubaus des Murrtalviadukts in Betrieb geht. Voraussichtlicher Fertigstellungstermin: im Jahr 2012. Für diese Maßnahme ist die Zustimmung des Landes Baden-Württemberg erforderlich. Die Mitwirkung der Stadt Backnang ist erforderlich bei der Zurverfügungstellung von insgesamt rund 16.000 m² Grundstücksfläche (im Eigentum der Stadt stehen etwa 10.000 m² Grundstücksfläche) sowie bei der Verlegung verschiedener Nutzungen (Hochspannungsleitung, Schrottplatz, Hundesportgelände). Die Einzelheiten der Mitwirkung müssen zwischen der Stadt Backnang und dem Rems-Murr-Keis vereinbart werden.*
2. *Der Rems-Murr-Kreis weist mit einem qualifizierten Gutachten nach, dass von der geplanten Biomasseanlage eine deutlich geringere Geruchsemission ausgeht, als von der gegenwärtigen Kompostierungsanlage, die mit dieser Maßnahme umgebaut wird.*
3. *Ein Einvernehmen zwischen dem Rems-Murr-Kreis und der Stadt Backnang bezüglich den Bezugskonditionen für den durch die Biomasseanlage erzeugten Wärmeüberschuss muss hergestellt werden. Der Rems-Murr-Kreis und die Stadt Backnang streben an, die überschüssige Wärme kostenfrei an die Stadt Backnang abzugeben.“*

Landkreisverwaltung und AWG sind bemüht, die Verhandlungen der Stadt Backnang bis zur Sitzung des Kreistags am 27. April 2009 zum Abschluss zu bringen. Nach der Aussage von Regierungspräsidium und Innenministerium wird außerdem davon ausgegangen, dass bis zu dieser Sitzung eine weitere Aussage zur Verkehrsproblematik getroffen werden kann.